

28. JULI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XV/169 - 28. Juli 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0686890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Auch das gibt es in Bonn!</u> Adenauer von CDU-Ministerpräsidenten der Unwahrheit bezichtigt	42
2 - 3	<u>Verzögerungen im Wohnungsbau für Flüchtlinge</u> Bürokratismus hemmt zügiges Bauen Von Julius Brecht, MdB	73
3 - 4	<u>"Fragen" um Willy Brandt</u> Bemerkungen zu einer niederträchtigen Kampagne Von Franz Barsig	65
5	<u>Kennedy und die Bundesrepublik</u> Kritik an der Überbewertung Adenauers Von Heinz Paterseth	36
6	<u>Volk ohne Heimat</u> Eine million arabischer Palästinaflüchtlinge warten seit zehn Jahren auf Hilfe und Gerechtigkeit Von Bruno Kastner, Genf	47
7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Eine Großstadt kam dazu</u> Düsseldorf wuchs seit 1939 um 160 000 Menschen Von Oberbürgermeister Willi Becker	50

* * *
* * *

Auch das gibt es in Bonn!

Adenauer von CDU-Ministerpräsidenten der Unwahrheit bezichtigt

sp - Die Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder hat eine neue Note erhalten. Die der Kanzlerpartei angehörenden Länderchefs haben dem CDU-Parteivorsitzenden und Bundeskanzler jetzt öffentlich bescheinigt, daß die Ausführungen Dr. Adenauers vor dem Bundeskabinett "den Tatsachen nicht entsprechend" sind. Bekanntlich hatte Dr. Adenauer behauptet, am 15. Juli dieses Jahres hätten sechs der CDU angehörende Länderchefs in einer parteiinternen Besprechung dem beabsichtigten Verwaltungsabkommen ihre Zustimmung gegeben.

Nun sagen die Länderchefs:

- 1) hätten an dieser Besprechung die Ministerpräsidenten Meyers (Nordrhein-Westfalen) und von Hassel (Schleswig-Holstein) überhaupt nicht teilgenommen, so daß es schon falsch sei, von sechs Ministerpräsidenten zu reden;
- 2) - so sagen die Ministerpräsidenten - hätten sie in der Besprechung am 15. Juli den Kanzler darauf hingewiesen, daß Entscheidungen noch nicht getroffen werden könnten, zumal erst die endgültige Formulierung des Verwaltungsabkommens und der Satzung vorliegen müsse. Außerdem - wiederum nach Darstellung der CDU-Länderchefs - hätten die neuen Vorschläge zunächst an sämtliche Landesregierungen gegeben werden müssen, um diesen Gelegenheit zu bieten, darüber zu beraten.

Auf gut deutsch heißt das alles: Der Herr Bundeskanzler bzw. der Sprecher der Bundesregierung hat der deutschen Öffentlichkeit über den Verlauf der Sitzung vom 15. Juli nicht die Wahrheit gesagt.

Kun, wer mit der Wacht nicht "pingelig" umgeht, nimmt es auch gelegentlich bei der Darstellung von Tatbeständen mit der Wahrheit nicht sehr genau.

Das eine hängt meistens mit dem anderen zusammen. Aber daß jetzt sogar die der Kanzlerpartei angehörenden Länderchefs dem Bundeskanzler das sagen müssen, ist bezeichnend für die politische Atmosphäre in der Bundesrepublik. Wen kann man es unter diesen Umständen noch übelnehmen, wenn er Erklärungen, die von Regierungsseite abgegeben werden, nicht immer für bare Münze nimmt? Das Be- trübliche bei der Angelegenheit ist jedoch, daß durch diese von maß- gebenden Persönlichkeiten der CDU selbst bestätigte Wahrheitsunsicher- heit in der bundesrepublikanischen Politik das Vertrauen zur Demo- kratie systematisch zerstört wird. - + + - 2 -

Verzögerungen im Wohnungsbau für Flüchtlinge!

Von Julius Erecht, MdB

In den letzten Monaten sind die neuen Bewilligungen für den sozialen Wohnungsbau nicht nur beträchtlich zurückgegangen, sondern vor allem beim Wohnungsbau für die Zuwanderer aus der SBZ entstanden erhebliche Verzögerungen. Der Rückgang des sozialen Wohnungsbaues, der sich bereits im Ganzen deutlich an den verminderten Bewilligungen zeigt, wird durch diese Verzögerungen im Sonderprogramm des SBZ-Wohnungsbaues noch erheblich verschärft. Von den im Bundeshaushalt 1960 für diesen Zweck eingesetzten rund 700 Millionen DM ist bisher noch nichts an die Länder verteilt. Soweit diese ihre Bewilligungen nicht auf frühere Zuteilungen oder Bindungsermächtigungen stützen konnten, sind sie nicht in der Lage, die Mittel für neue SBZ-Wohnungsbauten zu bewilligen. Die Maßnahme steckt allenthalben, da die auf Grund der früheren Bewilligungen genehmigten Wohnungsbauten weitgehend fertiggestellt sind oder jetzt werden. Der Bundeswohnungsbauminister ist zwar durch einen ausdrücklichen Beschluß des Bundestages anlässlich einer Spezialdebatte zu diesem Sonderprogramm verpflichtet worden, die Sondermittel für den SBZ-Wohnungsbau gleichzeitig mit den Mitteln des allgemeinen sozialen Wohnungsbaues an die Länder zu verteilen. Dieser Bundestagsbeschluss wird auch vom Wohnungsbauministerium nicht beachtet und einfach übergangen. Sonst hätten die Mittel schon im Dezember 1959 zuguteilt werden müssen.

Statt dessen wird wieder einmal, wie schon vor Jahren in der gleichen Sache, ein bürokratischer Schriftwechsel zwischen dem Wohnungsbauminister und den Ländern hin- und hergeführt, jetzt seit Oktober des vergangenen Jahres. Bund und Länder können sich wieder einmal nicht darüber einig sein, wie die sog. Kanzlerlösung (50 Prozent der Kosten dieses Sonderprogrammes trägt der Bund) abgeändert werden soll. Es geht dabei einfach darum, wieviel der Förderungsmittel des Bundes auf Kapitalhilfe und wieviel auf die Gewährung von Zinszuschüssen zu den ersatzweise zu beschaffenden Kapitalmarktmitteln zu verrechnen sind. Sinnvoll wäre, eine solche Frage in einer höchstens dreistündigen Diskussion mit allen Beteiligten zu regeln! Statt dessen gehen jetzt 9 Monate lang Briefe hin und her. Inzwischen hat sich der Kapitalmarkt grundlegend geändert, die ersatzweise aufzunehmenden Kapitalmarktmittel gibt es nicht mehr und eine Zinsdifferenz von 5,5 Prozent ist längst unreal, nachdem die Hypothekenzinsen auf 7 1/2 Prozent galoppiert sind. Es wird also gar nicht mehr möglich sein, an der alten Kanzlerlösung viel zu ändern, weil die Zwischenzeit verstrichen wurde!

Die Leidtragenden dieses grausamen Behörden- und Bürokratienspiels sind die Flüchtlinge, die SBZ-Zuwanderer, die dadurch ungeschlagen in der Lägera warten müssen, bis sie ihre Wohnungen bekommen können. Nur wenige wissen, daß der Bund den Ländern zuletzt in Dezember 1958 Mittel für diesen Sonderzweck zuguteilt hat. Seitdem warten die Länder auf neue Bewilligungen.

Wenn heute Wohnungsneubauten im SBZ-Programm zu planen, Grundstücke zu beschaffen und die Bauten zu finanzieren sind, ist dies angesichts der Zinsverteuerung am Kapitalmarkt, angesichts der Hypothekenleere und bei den fortgesetzt steigenden Baulandpreisen und der Baulandknappheit viel, viel schwieriger und zeitraubender als im vergangener Jahr.

Es ist deshalb höchste Zeit, daß das Wohnungsbauministerium endlich den Behördenstreit mit den Ländern in dieser Sache aufgibt und die im Haushalt angesetzten Mittel so schnell wie möglich verteilt, wie es der Bundestagsbeschluss längst vorschreibt. Gerade in diesen Monaten, wo die alten, früher geförderten Wohnungsbauprogramme auslaufen, wo der soziale Wohnungsbau sowieso erheblich zurückgeht, ist es dringend nötig, mit den weiteren Mitteln dieses Sonderprogramms für einen kontinuierlichen Wohnungsbau zu sorgen. Man kann die Zurückhaltung der Mittel jetzt auch nicht mit konjunkturpolitischen Hinweisen beschönigen. Es gibt dazu sowieso einen Verteilungsplan, wonach mit dem Mitteleinsatz auf die konjunkturellen Entwicklungen Rücksicht zu nehmen ist.

Bis die Planungen und die so sehr erschwerten Finanzierungen und Landbeschaffungen gesichert, bis die komplizierten Bewilligungsverfahren abgeschlossen sind, wird es jetzt sowieso Winter oder nächstes Frühjahr, bis die Mittel wirksam eingesetzt werden können. Dann sind sie aber auch für den Winterbau und ferner dazu nötig, dem sonstigen bestimmt kommenden Rückgang des sozialen Wohnungsbaues entgegenzuwirken. Dazu dürfen die Mittel aber nicht erst im Dezember oder Januar verteilt, sondern dazu müssen sie - auch im dringendsten Interesse der weiteren SBZ-Zuwanderer und Lagerinsassen - schon jetzt ganz beschleunigt den Ländern zugeweiht werden!

+ + +

"Fragen" um Willy Brandt

Von Franz Barsig

Es begann - wie immer - in sogenannten vertraulichen Informationsdiensten, die ihr Material aus den Hexenküchen der CDU-Propagandisten beziehen und nicht lange darauf hat eine gewisse Provinzpresse, die noch schwärzer ist als die Druckfarbe, die sie benutzt, das Thema auch aufgegriffen. Seitdem kann man fast jede Woche in einem dieser Blättchen einen Standardaufsatz mit der Überschrift "Fragen um Willy Brandt" lesen.

Selbstverständlich hat man dabei nicht etwa den Wunsch, die gestellten Fragen beantwortet zu sehen; - sie sind schon vor Jahren beantwortet worden - sie werden gestellt, um den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, als Person systematisch herabzusetzen und um Zweifel zu säen.

Da wird in der scheinheiligen Form der Frage im Biedermannston eine Auskunft darüber verlangt, ob Willy Brandt während des spanischen

Bürgerkrieges in den sogenannten "roten Brigaden" gekämpft hat, obwohl selbst die Fragesteller wissen, daß Willy Brandt während dieser Zeit - wie Hunderte von Zeitungsleuten aus aller Welt - in diesem Land nur journalistisch tätig war. Dieselben "Biedermänner" wollen dann weiter wissen, ob er während der Zeit seines norwegischen Exils gegen die deutsche Wehrmacht gekämpft habe, obwohl auch hier gerichtsnotorisch bekannt ist, daß das eine Lüge ist.

Die Herren Fragesteller scheinen nämlich alle vergessen zu haben, daß "Fragen" dieser Art schon 1957 Gegenstand eines Verfahrens gewesen sind und daß am 19. Juni 1958 das Landgericht Berlin ein Urteil gesprochen hat, das den Verleumdern bei Vermeidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe verbietet, diese Behauptungen weiter zu verbreiten. Das Kammergericht hat - und das liegt nur etwas über ein Jahr zurück - am 22. Mai 1959 die Berufung der damals Beklagten - einer Berliner Zeitung und eines politischen Gegners von Willy Brandt - zurückgewiesen, und seitdem ist dieses Urteil rechtskräftig.

Wer sich aber daran nicht mehr erinnern will, der sollte doch an den Strafprozeß gegen den Nachrichtenhändler Stephan denken, der in gefälschten "Material" über Willy Brandt das verbreitet hat, was heute als "Fragen" wieder auftaucht. Stephan ist im November 1957 von der 10. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin wegen fortgesetzten Betruges, fortgesetzter Urkundenfälschung und Verleumdung zu drei Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt worden; später hat der Bundesgerichtshof dieses Urteil bestätigt!

Haben die Zeitungen, die heute so fragelustig sind, kein Archiv, aus dem man mühelos die Antworten entnehmen könnte? Sie könnten es, aber sie wollen es nicht, weil sie glauben, daß man mit dem Mittel der persönlichen Diffamierung - und sei es auch in der Frageform - "Politik" machen könnte.

Bleibt dann schließlich die Frage nach dem Namen, die immer wieder gestellt wird. Auch hier könnte man die Antwort sofort zur Hand haben, denn die Autobiographie von Willy Brandt, "Kein Weg nach Berlin", die in jeder Buchhandlung erhältlich ist, beantwortet auch sie.

Im Grunde genommen aber verrät dieser Stil der Auseinandersetzung, der sich jetzt schon zeigt, nur das tiefe Niveau der Fragesteller. Die Köche dieses Breies und die Weiterverbreiter scheinen dabei geflissentlich übershen zu wollen, daß sie mit dieser Art "Fragen" nur der deutschen Position in der Welt schaden, denn der Freiheitskampf um Berlin ist nun einmal von der Person Willy Brandts nicht zu trennen, und wer ihn in dieser Art und Weise karabsetzt, schadet damit Berlin und Deutschland.

Wir alle haben noch die Selbsterfleischung aus den Wahlkämpfen 1953 und 1957 in Erinnerung und jeder sollte wissen, wie schädlich es war, daß die CDU damals mit dem Rechts und der Ehre von Menschen Schindluder getrieben hat. Soll sich das alles auch 1961 wiederholen? In einer Situation, in der die Gefahren für Deutschland groß und drohend sind, und in der wir nach Zusammenhalt ringen sollten, um gemeinsam bestehen zu können! In dieser Lage diese "Fragen" zu stellen, die längst beantwortet sind, wo Gerichte eindeutig festgestellt haben, daß es sich um Lügen und Verleumdungen handelt, ist menschlich erbärmlich und politisch kurzzeitig und abenteuerlich.

Kennedy und die Bundesrepublik

Von Heinz Putzreth

Die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten ist notwendig und nützlich, insbesondere dann, wenn es sich um zwei Staaten handelt, die durch Verträge und viele andere Bindungen auf das engste zusammenarbeiten. Weder nützlich noch nötig dagegen ist es, wenn die beiden führenden Regierungen glauben, dass sie sich gegenseitig auch Geldhilfen zukommen lassen müssen. In der Vergangenheit hatte die Sozialdemokratie leider genügend Anlass, sich über Interventionen seitens der Eisenhower-Administration zugunsten der Adenauer-Regierung zu beschweren. Ebenso wird es nicht gerade freundliche Gefühle erwecken, wenn die Bundesregierung den Vortratten des Bundeskanzlers und Presseschef Felix von Eckardt nach Amerika entsendet, um den republikanischen Parteikonvent mitzuerleben, während dagegen eine Teilnahme an dem demokratischen Parteikonvent nicht für notwendig gehalten wurde...

In diesem Zusammenhang ist es interessant, wie der demokratische Präsidentschaftskandidat, Senator John F. Kennedy, besonders die amerikanische Regierungshaltung in der Vergangenheit beurteilt. In dem von ihm herausgegebenen Buch "The Strategy of Peace" (die Strategie des Friedens), das Anfang 1960 in New York erschien (Harper & Brothers), finden wir folgenden Abschnitt:

"Obwohl ich in sehr hohem Maße mit der Politik unserer Regierung gegenüber Deutschland unter demokratischer und republikanischer Verwaltung übereinstimme, gibt es - glaube ich - eine Gefahr, daß gerade die Ehrlichkeit der Unterstützung, deren sie sich erfreut hat, sie ein wenig zu steif und unnachgiebig, gegenüber den wechselnden Strömungen der europäischen Politik macht. Die Vereinigten Staaten haben allen Grund gehabt, sich der Staatskunst des Kanzlers Adenauer und der eindrucksvollen Führung zu erfreuen, die er in der Formung der neuen deutschen Demokratie gegeben hat. Aber ich glaube, daß die Vereinigten Staaten in der Bewertung dieser Errungenschaft in ihren öffentlichen Erklärungen und den mehr informellen Vorgängen ihrer Diplomatie den Beitrag der demokratischen Opposition, der deutschen Sozialisten, unüblicherweise vernachlässigt haben, deren Widerstand gegen den Kommunismus kräftig war und die eines Tages Teil einer deutschen Regierung werden können, mit der wir verbündet sein werden. Besonders in Osteuropa ist es nicht in unserem Interesse gewesen, Ausgestossene aus den deutschen Sozialdemokraten zu machen."

Volk ohne Heimat

Von Bruno Kuster, Genf

Als in biblischen Zeiten die Juden aus Palästina vertrieben wurden, womit ihre Jahrtausende dauernde Heimatlosigkeit begann, gab es noch keine internationale Flüchtlingshilfe. Seit einem Jahrzehnt sorgt die UNO für eine Million arabischer Flüchtlinge, die das heutige Israel verlassen haben. Es stellt der Völkergemeinschaft ein gutes Zeugnis aus, daß sie sich dieser Menschen angenommen hat, aber man muß sich heute doch fragen, wie lange dieser unhaltbare Zustand noch andauern soll. Gegenwärtig sind die Palästinaflüchtlinge ein Volk ohne Heimat, ohne Existenzgrundlage und ohne Zukunft.

Die UNRWA, das Hilfswerk der UNO für die Palästinaflüchtlinge, wendet im Jahr 140 Millionen DM für Unterkunft, Verpflegung und Schulung dieses Volkes auf, von dem 40 Prozent unter fünfzehn Jahre alt sind. Jährlich werden 30 000 Palästinenser volljährig, während die UNRWA nur etwa tausend eine berufliche Ausbildung zuteil werden lassen kann. Wird nicht bald eine Lösung für die Eingliederung dieser Flüchtlinge in das Leben der Gastländer oder anderer Staaten gefunden, entwickelt sich eine Bevölkerung, die mehrheitlich in der Emigration geboren ist, aber nie die Möglichkeit erhielt, sich mit eigenen Anstrengungen den Lebensunterhalt zu erwerben. Zudem stellt die UNRWA - wohl mit einiger Besorgnis - fest, daß sich "ihr Volk", nicht zuletzt dank der vorbildlichen ärztlichen Betreuung durch die Weltgesundheitsorganisation, sehr schnell vermehrt. Die Bevölkerungszahl ist im Verlaufe von zehn Jahren jedenfalls um etwa 15 Prozent gestiegen!

Auch wenn man durchaus anerkennen muß, daß die Aufnahmeländer selbst nur über ganz bescheidene Mittel verfügen, um dieses Flüchtlingsvolk zu "integrieren", so spielen doch zweifellos auch politische Absichten, die an einer definitiven Bereinigung dieses betrüblichen Kapitels keineswegs interessiert sind, eine beträchtliche Rolle.

Die UNRWA, deren Mittel aus freiwilligen Regierungsbeiträgen gespeist werden, konzentriert ihre Anstrengungen deshalb auf den Ausbau ihres beruflichen Ausbildungsprogramms, um möglichst vielen Jugendlichen den Weg in das selbständige Erwerbsleben zu erleichtern. In eigenen Fachschulen werden Maurer, Klempner, Radioschneider, Mechaniker und Schmiede ausgebildet - Berufe, nach denen in den arabischen Ländern eine große Nachfrage besteht. Die UNRWA sollte aber finanziell in die Lage versetzt werden, diese Tätigkeit ganz entscheidend zu verstärken, denn allein der Bau und die Einrichtung einer Gewerbeschule für 200 Schüler kosten über zwei Millionen Mark.

In den fast unfruchtbaren, sonnendurchglühten Gebieten Jordaniens, im Gazastreifen und im Libanon fristet ein Volk ohne Zukunft eine kümmerliche Existenz. Es könnte für die arabischen Länder zu einer unschätzbaren Kraft im wirtschaftlichen Aufbauwerk werden, wenn sich die verantwortlichen Politiker entschließen wollten, selbst vorwärts zu blicken, anstatt alte Ressentiments zu pflegen. Die Hilfsfähigkeit der UNRWA verdient alle Unterstützung, auf die sie auch von privater Seite angewiesen ist, aber sie erlangt ihren vollen Sinn erst dann, wenn ihr vermehrt Gelegenheit geboten wird, aus Flüchtlingen wieder selbständige Menschen zu machen.

Eine Großstadt kam dazu

Von Oberbürgermeister Willi Becker

Die Landeshauptstadt Düsseldorf wird in wenigen Wochen 700 000 Einwohner haben. 1939 betrug die Einwohnerzahl Düsseldorfs rund 540 000. Dazwischen aber liegen Krieg und grauenvolle Zerstörung. Selbst wenn Düsseldorfs Bevölkerungszahl seit 1939 nicht wesentlich gestiegen wäre, hätte die Stadt mit dem Wiederaufbau genug zu tun gehabt, denn das Stadtgebiet war 1945 zu über 50, die Innenstadt sogar über 80 Prozent zerstört. So aber sind 160 000 Menschen neu hinzugekommen. Sie bilden allein eine Stadt von der Größe Aachens oder Mönchengladbachs und bedeuten für Düsseldorfs Kommunalpolitiker enorme Anstrengungen, bedeuten mehr Wohnungen, mehr Schulen, mehr Krankenhausbetten, um nur von den wichtigsten Dingen zu sprechen. Ohne den starken Zuzug nach Düsseldorf wäre der Wohnungsbedarf längst befriedigt. Von 1949 bis heute wurden in der Stadt über 100 000 Wohnungen gebaut, und die Stadt gab aus eigenen Haushaltsmitteln für den Wohnungsbau rund 200 Millionen DM. Dennoch sind beim Wohnungsbau noch immer 30 000 bis 35 000 Dringlichkeitsfälle gemeldet. Noch immer muss also in Düsseldorf der Wohnungsbau Tagesordnungspunkt Nr. 1 bleiben. Das größte Wohnungsbauprojekt, das zur Zeit entwickelt wird, ist die Wohnstadt Düsseldorf-Garath im Süden der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Dort sollen Wohnungen für etwa 30 000 Menschen entstehen.

Der Wiederaufbau Düsseldorfs hat nach vorsichtiger Schätzung der Fachleute Investitionen in Höhe von 4 Milliarden DM erfordert. Davon ist mindestens eine Milliarde aus dem Städtäckel gekommen. Von den insgesamt 168 Millionen DM zum Beispiel, die dem Schulbau zugeführt wurden, bezahlte die Stadt allein 105 Millionen DM. Strassen und Brücken kosteten zusammen rund 150 Millionen DM.

Doch die ausgegebenen Millionen allein sind kein ausreichender Gradmesser für die kommunalpolitische Aktivität dieser Stadt. Düsseldorf hat seine Innenstadt seit 1950 völlig neu geordnet. Es baut eine Stadtautobahn, die den Verkehr aus westlicher Richtung kreuzungsfrei bis in die Innenstadt hineinführt. Im letzten Jahr untertunnelte Düsseldorf sogar den Rhein. Dieser neue Rheintunnel soll allerdings nicht Verkehrszwecken dienen, sondern der Ableitung der Abwässer aus dem rechtsrheinischen Düsseldorf zu einem auf der linken Rheinseite zu errichtenden Klärwerk. Düsseldorf hat mit die höchste Bevölkerungsdichte aller Städte in der Bundesrepublik. Bauland ist knapp und teuer.

Dennoch hat sich Düsseldorf erfolgreich bemüht, seinen Bürgern das Leben durch mancherlei Annehmlichkeiten zu erleichtern. Im Stadtgebiet gibt es jetzt über 200 Kinderspielplätze, davon zehn Wasserspielplätze, auf denen die Spielgeräte gleichzeitig als Wasserspender dienen. Das sind an heißen Tagen wahre Paradiesgärten für Kinder. Die Düsseldorfer Parkanlagen - insbesondere Hofgarten und Benrather Schlosspark - haben Düsseldorfs Ruf als Gartenstadt begründet. Trotz grösster Raumknappheit ist es in den letzten Jahren gelungen, die öffentlichen Parkanlagen noch um 84 ha zu vergrößern.

Die Düsseldorfer Städtwerke, die seit 1948 für Strom, Gas und Wasser rund 400 Millionen DM investierten, schaffen zur Zeit die Voraussetzungen für eine wesentliche Verbesserung des Düsseldorfer Trinkwassers. Drei Aufbereitungsanlagen, die zusammen über 30 Millionen DM kosten, sollen dafür sorgen, daß die Düsseldorfer künftig nicht nur ihre Stadt im allgemeinen, sondern auch ihrem Trinkwasser einen guten Geschmack abgewinnen.

+ + +